

Die Finanzen wieder ins Lot bringen

Im Staatshaushalt zeichnet sich ein Fehlbetrag von mindestens 160 Millionen Franken pro Jahr ab – was die Reserven bald aufzehren würde. Um dies zu verhindern, hat die Regierung Tschütscher ein umfassendes Sanierungskonzept ausgearbeitet.

Von Heribert Beck

«Wir haben in den vergangenen Jahren deutlich über unsere Verhältnisse gelebt. Auch die Politik hat sich dementsprechend verhalten», fand Regierungschef Klaus Tschütscher zu Beginn der gestrigen Präsentation der Finanzplanung 2010 bis 2014 klare Worte. Das Resultate dieses Lebens auf grossem Fuss ist das kürzlich für das kommende Jahr prognostizierte Defizit von über 180 Millionen Franken. Natürlich gelte es jetzt, den Blick in die Zukunft zu richten. Ohne einen Blick in die Vergangenheit sei dies aber nicht möglich.

Jahrelang die Augen verschlossen

«Zwischen der Wahrnehmung eines Handlungsbedarfs und der Umsetzung entsprechender Massnahmen besteht immer ein Unterschied», fuhr der Regierungschef fort. Bereits im Jahr 2002 habe die damalige FBP-Allianzregierung einen Sanierungsbedarf von etwa 23 Millionen Franken pro Jahr ausgemacht – bei einem Aufwand von 700 Millionen. Die in der Folge beschlossenen, zusammenhanglosen Einzelmassnahmen zur Sanierung des Haushalts seien allerdings nie realisiert worden – mit Ausnahme der Sanierung der Invalidenversicherung.

Die Folge waren Aufwandsteigerungen von durchschnittlich 4,2 Prozent pro Jahr, was dazu geführt hat, dass das Ausgabeniveau heute bei 920 Millionen Franken liegt. Währenddessen konnten die Einnahmen angesichts der Finanzplatzkrise und der weltweiten Wirtschaftskrise mit den Ausgaben nicht mehr Schritt halten. «Statt damals ein strukturelles Defizit von etwa 20 Millionen zu beseitigen, stehen wir heute also vor der Aufgabe, ein solches von 160 Millionen pro Jahr zu bekämpfen», sagte Regierungschef und Finanzminister Klaus Tschütscher weiter.

Ohne Reaktion ginge es steil abwärts

«Die Finanzplanung gleicht zwar bis zu einem gewissen Grad immer dem Blick in eine Kristallkugel, sie lässt sich aber durchaus verschärfen», sagte Thomas Lorenz, der Leiter der Stabsstelle Finanzen, bevor er in einem aus heutiger Sicht realistischen Szenario darlegte, was passiert, wenn die Regierung und der Landtag nicht gegensteuern (siehe Tabelle).

Der anhaltend hohe Aufwandüberschuss würde selbst bei viel Ausgaben-

disziplin bis zum Jahr 2014 zu einem Fehlbetrag von rund 830 Millionen Franken führen. Die Reserven, die sich Ende Jahr bei etwa 1,5 Milliarden Franken bewegen werden, würden auf etwa 640 Millionen abnehmen. «Damit nimmt natürlich auch das Finanzergebnis ab, da wir fortlaufend Mittel abziehen müssten», sagte Thomas Lorenz abschliessend.

Sanierung als oberstes Ziel

«Dieses Szenario können und wollen wir so nicht stehen lassen», sagte Regierungschef Klaus Tschütscher. «Daher haben wir die Sanierung des Staatshaushalts zur obersten und wichtigsten Aufgabe der Regierung und der Ämter erklärt. Alles andere ist diesem Ziel unterzuordnen.» Sonderwünsche müsse die Regierung künftig eine rigorose Absage erteilen. Die Sicherung eines soliden und ausgeglichenen Staatshaushalts und ein Abbau von Staatsreserven ausschliesslich in Krisenzeiten seien schliesslich bereits im Koalitionsvertrag zwischen VU und FBP festgeschrieben.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Regierung die Finanzplanung für die kommenden fünf Jahre erstmals in Form eines Berichts und Antrags formuliert. So kann sich der Landtag verbindlich bereit erklären, die Zielsetzungen der Regierung auch mitzutragen. Denn da viele Ausgaben gesetzlich oder vertraglich gebunden sind, bestehe kurzfristig nur wenig Handlungsspielraum. «Daher müssen wir die Sanierungsmassnahmen in Zukunft gemeinsam und entschlossen angehen», sagte der Regierungschef.

Verbindliches Finanzleitbild

Die Regierung schlägt dem Landtag daher unter anderem vor, dem Finanzleitbild mehr Verbindlichkeit zu verleihen. Der Staat dürfe künftig nicht mehr schneller wachsen als die Wirtschaft. Nur so sei es möglich, bis Ende des Jahres 2014 wieder alle Eckwerte des Leitbilds einzuhalten. Konkret bedeutet dies: ein ausgeglichenes Resultat für die laufende Haushaltsrechnung, ein Netto-Ertragswachstum, ein hoher Selbstfinanzierungsgrad, ein entsprechender Deckungsgrad der Verbindlichkeiten sowie ein Reservevolumen zwischen dem Einbis Dreifachen der jährlich laufenden Aufwendungen.

Bei den Ausgaben ansetzen

Klar sei für die Regierung auch, dass die Schraube vornehmlich bei den Ausgaben angezogen werden muss. Denn nur mit einem ausgeglichenen Haushalt und attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen lasse sich für den Investitionsstandort Liechtenstein werben. Die Sparbemühungen des Staates müssen dabei gemäss Re-



Gemeinsame Sparbemühungen von Regierung und Verwaltung: Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, Regierungschef Klaus Tschütscher, Peter Mella, Leiter des Amtes für Personal und Organisation, und Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen (v. l.).

Bild Daniel Ospelt

gierungschef Tschütscher auf einer breiten Basis abgestützt sein und einer Methodik folgen, statt aus Einzelmassnahmen zu bestehen.

Um diese breit abgestützte Methodik zu gewährleisten, hat die Regierung am Dienstag eine umfassende Projektorganisation beschlossen, die sich als Werk der Kollegialregierung versteht. Den Steuerungsausschuss bilden dementsprechend Regierungschef Klaus Tschütscher und sein Stellvertreter Martin Meyer. Die Gesamtprojektleitung besteht aus ihren beiden Ressortsekretären Peter Beck und Martin Frick sowie aus Thomas Lorenz. Gemeinsam steuern sie sechs Teilprojekte, in denen die jeweiligen

Projektleiter nach Möglichkeiten für konkrete Sparmassnahmen suchen, den gesetzlichen Änderungsbedarf feststellen und Empfehlungen an die Gesamtprojektleitung einbringen.

Die Teilprojekte wurden einerseits nach den grossen Ausgabenkategorien des Landeshaushalts gegliedert, nämlich nach den Beitragsleistungen (wie den Staatsbeiträgen an die Krankenkassenprämien oder die Sozialwerke), dem Personalaufwand, dem Sachaufwand sowie den Finanzaufwendungen an die Gemeinden. Die Teilprojekte Verwaltungs- und Regierungsreform sowie Projektportfolio-Management verfolgen unterstützende Ziele und sollen Regierung und Verwaltung

im Rahmen des Gesamtprojekts organisatorisch und methodisch «fit» für die Zukunft machen.

«Weg von den Luxuslösungen»

Ein erstes grosses Gesetzespaket zur Umsetzung dieser Sparmassnahmen kündigte Klaus Tschütscher für das erste Halbjahr 2010 an. Bereits heute steht aber fest: «Es wird kein Bereich des Staatsaushalts ausgelassen. Ich erwarte aus den Teilprojekten ganz konkrete Vorschläge an die Regierung. Die zu ergeifenden Massnahmen werden wehtun. Aber wir müssen wegkommen von den Luxuslösungen. Denn eine Verschuldung ist für einen Kleinstaat undenkbar.»

Entwicklung Laufende Rechnung in Millionen Franken

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Erträge ord. Staatstätigkeit	778	757	904	943	850	783	790	802	812	819
Aufwendungen ord. Staatstätigkeit	707	729	774	820	897	923	934	937	950	959
Cash Flow ord. Staatstätigkeit	71	28	130	122	-48	-140	-145	-135	-138	-140
Finanzergebnis	54	40	9	-178	111	33	30	27	24	22
Cash Flow der Laufenden Rechnung	125	69	139	-55	63	-107	-115	-108	-114	-119
Abschreibungen VV	86	67	70	71	76	73	53	45	43	43
Ertrags-/Aufwandüberschuss	39	2	70	-127	-13	-181	-168	-153	-157	-162
Aufwendungen in % der Erträge	91%	96%	86%	87%	106%	118%	118%	117%	117%	117%

Schreckensszenario: Wenn Regierung und Landtag jetzt nicht den Sparhebel ansetzen, fährt Liechtenstein in der nahen Zukunft jährlich Defizite von klar über 150 Millionen Franken ein – zulasten der Reserven. «Dieses Szenario können und wollen wir so nicht stehen lassen», stellte Regierungschef Klaus Tschütscher gestern klar.

Grafik pd/Ralph Vogt